

Zurück zur Vernunft

VON RICHARD SCHÜTZE

Die Republik ist an einem Tiefpunkt angelangt. Zu befürchten ist, dass auch dieses Niveau noch unterschritten werden kann. Dazu haben viele beigetragen. Viele in Politik und Medien sind entsetzt über die Demonstration von Kritikern der Corona-Maßnahmen, denn Rechte wollten dabei über die vermeintliche Corona-Diktatur triumphieren. Wieder andere wundern sich, dass der rheinische Karneval abgesagt werden soll; die Saison scheint doch bereits in vollem Gange. Rechtsradikale stürmten gar mit Reichsfahnen die Treppe zum Reichstag hinauf. Es geht drunter und drüber. Im Hintergrund verblassen die Sorgen vieler Menschen um den Broterwerb und das Wohl ihrer Familien. Bei aller Aufregung gilt es aber nun, mit Augenmaß und besonnener Vernunft zu differenzieren statt zu diffamieren. Die Wirklichkeit ist selten schwarz oder weiß, vielmehr zumeist grau und bunt. Empörung und wechselseitige Verunglimpfung führen nicht weiter. Eine nüchterne Bestandsaufnahme tut Not: Mit einer gigantischen Neuverschuldung narkotisiert die Politik die Gesellschaft und ermöglicht einerseits längst insolventen Unternehmen ein verlängertes Siechtum, während sie sich andererseits als Kapitalgeber immer mehr in die Wirtschaft einmischt. Was Mittelständler als bedrohlich empfinden, kann Konzernmanagern egal sein; ihre Arbeitsverträge sind zumeist wie bei Fußballprofis befristet und sie haften allenfalls mit einer Erfolgsprämie für die Performance der Firma. Kurzarbeiter müssen mit einem gekürzten Einkommen auskommen und inständig hoffen, dass der eigene Arbeitsplatz nicht ganz wegfällt. Selbstständige und Künstler fallen ganz durch den Rost und müssen sehen, wo sie bleiben. Die Kollateralschäden der Corona-Maßnahmen treten immer gravierender zutage und auch dem Staat geht allmählich die finanzielle Puste aus. Schon ruft der „Herr der Schuldenbremse“, Finanzminister Olaf Scholz, als bereits designierter SPD-Kanzlerkandidat nach einer Steuererhöhung für Besserverdienende. Nach ersten Berechnungen würden dann mehr als vier Millionen Menschen verstärkt zur Kasse gebeten. Allein dieses Ansinnen lähmt die Investitionsbereitschaft und den Unternehmergeist zusätzlich. Wer über Vermögen verfügt, denkt bereits darüber nach, wie er es auf legale Weise dem staatlichen Zugriff entziehen kann. Die Gewerkschaften sind hin und her gerissen zwischen der Herausforderung, möglichst viele Arbeitsplätze zu erhalten, und der Verführung, in systemrelevanten Bereichen wie dem öffentlichen Dienst oder der Gesundheitsversorgung deutlich höhere Löhne zu fordern. Derweil setzt die Politik noch einen obendrauf mit dem Impetus, die Krise zu nutzen, um mit einem möglichst radikalen ökologischen Umbau der Marktwirtschaft dem Klimawandel zu begegnen und mit einer weiteren Rekordverschuldung den Zusammenbruch der EU zu verhindern. Dabei aber überfordern wir uns. Weder staatliche Allmachtsfantasien noch moralischer Rigorismus helfen, sondern nur ein Szenario für eine Rückkehr zu Selbstbescheidung und Normalität. Je früher, desto besser.



Der Autor ist Vorsitzender der Berliner Diözesangruppe Berlin-Brandenburg des Bundes Katholischer Unternehmer. Er ist Rechtsanwalt und arbeitet als Unternehmens- und Politikberater.

Die Kolumne erscheint in Kooperation mit der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle. Foto: Privat